

Fragen der GEW an die bildungspolitischen Sprecher der demokratischen Landtagsfraktionen:

**1. Wie positionieren Sie sich zu der Aussage des Kultusministers, in Hessen bestehe ein Überangebot an Lehrkräften?**

Diese Aussage ist ein Schlag ins Gesicht aller Lehrkräfte und Schulleitung sowie der Schülerinnen und Schüler, die mit massivem Unterrichtsausfall in Hessen umgehen müssen. Besonders an den Grund- und Berufsschulen ist der Mangel seit Jahren deutlich zu spüren; Krankheitsstände in der Belegschaft von bis zu 50% sind keine Seltenheit sondern mittlerweile trauriger Alltag, der irgendwie von überbelasteten Lehrerinnen und Lehrern gemeistert wird. Die Linke im hessischen Landtag hat schon 2018 in Kooperation mit dem Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) eine Studie bezüglich des Lehrkräftemangels in Hessen vorgestellt, aus der nicht nur hervorging, dass in Hessen bis 2030 bis zu 26.000 Lehrkräfte an den Schulen fehlen werden, sondern auch etwa 5000 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

Der Kultusminister verweigert sich mit solchen Aussagen der Realität. Das zeigt sich auch an der Ignoranz, mit der er seit Jahren auf die vielen Be- und Überlastungsanzeigen von Lehrkräften und Schulleitungen reagiert.

Eine wirkliche Fachkräfteoffensive zur Gewinnung von neuen Lehrkräften und Studieninteressenten ist aus dem Kultusministerium nicht gekommen und auch nicht mehr zu erwarten. Ebenso wenig wie ein Konzept zum Quereinstieg, welches sowohl für die Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern attraktiv und gut vergütet ist als auch die hohe Qualität des Berufes sicherstellt.

**2. Welche der von der Expertenkommission der KMK vorgeschlagenen „zentralen Empfehlungen“ zur Behebung des Lehrkräftemangels sehen Sie als sinnvoll an? Weshalb?**

### 3. Welche der von der Expertenkommission der KMK vorgeschlagenen „zentralen Empfehlungen“ zur Behebung des Lehrkräftemangels sehen Sie kritisch? Weshalb?

#### Erschließung von Beschäftigungsreserven bei qualifizierten Lehrkräften

**Lehrkräfte im Ruhestand:** Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass laut Studien die meisten Lehrkräfte davon ausgehen, das reguläre Renten- bzw. Pensionsalter nicht ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen erreichen zu können (und deshalb auch der Anteil der Frühpensionierten sehr hoch ist), ist dieser Lösungsansatz absurd. In Einzelfällen ist es natürlich zu begrüßen, wenn frisch in Rente gegangene Lehrkräfte ihre Berufstätigkeit doch noch fortsetzen, für den Großteil der Unterrichtenden ist dies jedoch keine Option.

**Reduktion der Unterrichtsverpflichtung aus Altersgründen:** Dies begrüßen wir teilweise, weisen aber darauf hin, dass eine Reduktion der Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrerinnen und Lehrer, egal welchen Alters, dringend notwendig ist, um die Belastungen und die überdurchschnittliche Arbeitszeit zu senken. In Hessen findet sich mit die höchste Pflichtstundenzahl. Diese muss umgehend gesenkt werden. Dass mit steigendem Alter dann eine weitere Reduzierung stattfindet, ist jedoch ein guter Vorschlag.

**Lehrkräfte in Teilzeit:** Der Vorschlag, Teilzeitarbeit zu begrenzen, ist absurd. Es hat Gründe, warum in diesem Beruf der Teilzeitanteil freiwillig so hoch ist. Das liegt unter anderem an den Rahmenbedingungen, an der hohen Belastung, an den immer weiter ausufernden Zusatzaufgaben und an der hohen Unterrichtsverpflichtung. Die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten, einzugrenzen, wird genau das Gegenteil bewirken: Es macht diesen Beruf noch unattraktiver und die Belastungsanzeigen, die eh auf einem hohen Stand sind, werden weiter ansteigen. Um dies zu verhindern ist lediglich der Vorschlag, Kinderbetreuungsangebote auszubauen und Unterrichtsunterstützung auszuweiten zu begrüßen. Dies sind allerdings Notwendigkeiten, die längst umgesetzt hätten werden müssen.

**Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung in Anlehnung an das Konzept der Vorgriffstunden:** Eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung lehnen wir in jedem Fall ab.

**Erleichterung der Anerkennung von Lehrkräften mit ausländischen Abschlüssen:** Diesen Vorschlag begrüßen wir. Leider wird die Anerkennung vielen Lehrerinnen und Lehrern mit ausländischen

Abschlüssen sehr schwer gemacht. Wir wissen von hoch qualifizierten Menschen mit sehr gutem Abschluss und langer Unterrichtserfahrung, die seit Jahren um ihre Anerkennung kämpfen.

**Abordnung von einer Dienststelle mit Überkapazitäten an andere Schulen mit Bedarf:** Dies kann mit so ausgestalteten Arbeitsverträgen, die auch genauso ausgeschrieben sind, versucht werden. Es bleibt jedoch zu bezweifeln, dass sich hier Bewerberinnen und Bewerber in großer Anzahl finden. Lehrkräfte möchten und sollen ständiger Bestandteil eines Schulteams sein. Als Zwangsmaßnahme jedoch lehnen wir diesen Vorschlag entschieden ab.

**Entlastung der Lehrkräfte von Organisations- und Verwaltungsaufgaben:** Dies begrüßen wir ausdrücklich, damit Lehrkräfte sich endlich wieder auf ihre Hauptarbeit konzentrieren können. Zudem würde dies zur Vermeidung von vielen Überstunden führen.

### Weiterqualifizierung von Gymnasiallehrkräften für andere Schulformen sowie Nachqualifizierung in Mangelfächern

**Weiterqualifizierung von Gymnasiallehrkräften:** Grundsätzlich gilt, dass Unterrichtende an Grundschulen gut qualifiziert sein müssen. Die Möglichkeit eines erweiterten Lehramtsstudiums, das unterrichten sowohl in der Primar- als auch in der Sekundarstufe befähigt, ist ein interessanter Ansatz, dem wir erst einmal offen gegenüberstehen. Wir betonen aber, dass an Grundschulen ebenso gutes und qualifiziertes Personal beschäftigt sein muss wie an allen anderen Schulformen. Und um die Frage der Vergütung anzugehen: Wenn alle Lehrkräfte gleich gut bezahlt werden würden, würde sich diese Frage gar nicht stellen.

**Nachqualifikation für Mangelfächer:** Die hier vorgeschlagenen Nachqualifizierungsmaßnahmen begrüßen wir, soweit sie innerhalb der Arbeitszeit und mit entsprechender Entlastung durchgeführt werden können.

### Entlastung und Unterstützung qualifizierter Lehrkräfte durch Studierende und andere, formal nicht (vollständig) qualifizierte Personen

Solange Entlastung und Unterstützung nicht mit einer Qualifikationsminderungsabsicht einhergeht, sondern tatsächlich unterstützend und nicht ersetzend gedacht und gemacht wird, ist dies sicherlich eine Maßnahme, auf die momentan zurückgegriffen werden

kann. Allerdings sollen diese in der Regel mit Weiterqualifikation einhergehen.

Bei Studierenden teilen wir vor allem die Bedenken bezüglich der verlängerten Studiendauer, da dies in Hessen schon anhand der Abschlusszahlen ein aktuelles Thema ist. Wir unterstützen die Forderung, die Universitäten hier mit einzubinden und eine verantwortliche Lehrkraft zu benennen, die selbstverständlich entsprechend an anderer Stelle entlastet und zudem vorab für diese Aufgabe qualifiziert werden muss. Qualifizierte Begleitung ist sowohl für die Studierenden als auch für die Schülerinnen und Schüler wichtig. Daher begrüßen wir auch den Vorstoß, eine Definition klarer Anforderungsprofile für formal nicht (vollständig) qualifizierte Personen verbindlich zu erstellen.

### **Flexibilisierung durch Hybridunterricht, Erhöhung der Selbstlernzeiten sowie Anpassung der Klassenfrequenz**

**Hybridunterricht:** Dem stehen wir skeptisch gegenüber. Die Notwendigkeit, diesen als festen Bestandteil des Schulalltags zu etablieren zu wollen, zeigt, wie groß das Problem des Lehrkräftemangels auch an anderen Schulformen ist, wenn hier vor allem die gymnasiale Oberstufe adressiert wird.

**Erhöhung von Selbstlernzeiten:** Über einen anders strukturierten Schulalltag, der auch erhöhte Selbstlernzeiten beinhalten kann, wollen und müssen wir reden, schon im Hinblick auf den notwendigen Ausbau echter, gebundener Ganztagschulen. Der Ansatz ist hier jedoch wie bei dem Hybridunterricht aus der Not geboren und somit nicht in ein pädagogisches Konzept eingebettet. Darauf wird auch hingewiesen. Wir sehen in dieser Empfehlung zunächst auch kein Instrument, um den Lehrkräftemangel entgegen zu wirken.

**Anpassung der Klassensequenzen prüfen:** Wir lehnen die Erhöhung der Klassengrößen grundsätzlich ab. Die angeblich überall stattfindende individuelle Förderung wird umso unmöglicher, je größer die Klassen sind. Lehrkräfte berichten, welche Vorteile und Möglichkeiten ihnen die Reduzierung der Klassengrößen in der Corona-Zeit aufgezeigt haben. Auch lehnen wir die Zusammenschließung kleiner Grundschulen ab, da diese auch in Hessen schon einmal dazu genutzt wurden, Grundschulen dann ganz zu schließen, da diese nur noch als Außenstelle deklariert worden sind.

## **Vorbeugende Maßnahmen zur Gesundheitsförderung**

Gegen die hier geschilderten Maßnahmen spricht nichts, sofern sie nicht zusätzlich zu der regulären Arbeitszeit optional genommen werden können. Der hohe Krankheitsstand unter den an den Schulen Beschäftigten und die vielen Belastungsanzeigen zeigen den Bedarf nach Gesundheitsförderung deutlich. Es muss jedoch betont werden, dass es die Rahmenbedingungen sind, die für Überlastungen verantwortlich sind. Hier muss dringend nachgebessert werden, insbesondere, weil ein Großteil der Lehrkräfte gar nicht davon ausgeht, gesund den Renteneintritt zu erreichen.

## **Bestandaufnahme, Bewertung und Weiterentwicklung von Modellen des Quer- und Seiteneinstiegs**

Wir begrüßen die Empfehlung, die bestehenden Modelle zu überprüfen und zu überarbeiten.

## **4. Die Aufgabe der Inklusion belastet viele Kollegien massiv. Welche Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich der Inklusion an hessischen Schulen sehen Sie...**

### **...für die inklusiv beschulten SchülerInnen?**

Um allen Schülerinnen und Schülern die gleichen Bildungsmöglichkeiten und die gleichen Wahlmöglichkeiten zu ermöglichen, müssen alle Schulen gleich gut ausgestattet werden. Wirkliche Inklusion kann nur umgesetzt werden, wenn auch alle Schulen dazu in die Lage gebracht werden. Dies ist immer eine Frage der Ressourcen, aber ohne zusätzliches Geld, zusätzliches Personal und zusätzliche Räume wird das nicht funktionieren.

In einer Schule für Alle, die von der ersten bis zur zehnten Klasse alle Kinder ohne Aussortieren auf verschiedene Schulformen nach der vierten Klasse unterrichtet, ist Inklusion im Alltag. In dem ausufernd mehrgliedrigen Schulsystem, an dem auch Hessen stur festhält, ist Inklusion oftmals ein Glücksfall. Die Öffnung aller Schulen, also auch der Förderschulen, für alle Kinder und Jugendlichen, wäre ein erster wichtiger Schritt.

### **...für die BFZ-LehrerInnen?**

Vor allem eine Tarifbindung. Aber auch die feste Anbindung an die jeweilige Kollegschaft ist wichtig. Vor allem aber sind diese Lehrkräfte keine Vertretungsreserve. Es sind gut ausgebildete und qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer.

### **...für die RegelschullehrerInnen?**

Wir möchten schon in der Ausbildung verpflichtend mehr sonderpädagogische Elemente wie Diagnostik integrieren. Aber natürlich sollen Regelschullehrkräfte nicht die Aufgaben von Förderschullehrkräften mit übernehmen. Viel mehr muss in Form von multiprofessionellen Teams gearbeitet werden, Hand in Hand. Auch für Lehrkräfte müssen Unterstützungs- und Beratungsstellen eingerichtet werden.

Inklusion kann nur funktionieren, wenn sowohl Ressourcen zur Verfügung gestellt als auch eine alle Beteiligten mitnehmende Umsetzung geplant wird. Lehrerinnen und Lehrer dürfen mit dieser wichtigen Aufgabe nicht allein gelassen werden - ebenso wenig die Eltern und die Kinder bzw. Jugendlichen.

## **5. Welche weiteren Vorschläge machen Sie für einen Abbau der Arbeitsbelastung der an hessischen Schulen Beschäftigten?**

Wir fordern A13 für die Grundschullehrkräfte, und zwar sofort. Ebenso eine Pflichtstundenreduzierung sowie kleinere Klassen und multiprofessionelle Teams in allen Klassen. Zudem möchten wir jeder Schule eine feste schulpsychologische Stelle zuweisen, mehr sozialpädagogisches und Verwaltungspersonal ausbilden und einstellen.

Zudem fordern wir eine Fachkräftegewinnungsoffensive. Diese kann aber nur Erfolg haben, wenn die Rahmenbedingungen entsprechend geändert werden. Gesundheitsprävention gehört ebenso wie Entlastung durch Wegfall fachfremder Aufgaben dazu.